

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten  
Deutschlands: H. Rösse, Haenlein & Vogler, G. L. Daube,  
Invalidehandels. Berlin Reinb. Arndt, Max Gerthmann,  
Elberfeld B. Thienes. Greifswald G. Jllies. Halle a. S.  
Jul. Ward & Co. Hamburg Joh. Nothbaar, A. Steiner,  
William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.  
Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Abend-Ausgabe.

hörte man besonders die Rufe: „Es lebe die Alliance!“, „Es lebe Frankreich“ und „Es lebe Rußland!“

hörte man besonders die Rufe: „Es lebe die Alliance!“, „Es lebe Frankreich“ und „Es lebe Rußland!“

Der Pariser „Temps“ bringt folgende be fremdende Meldung: Mehrere Bewohner des annerkinten Landes (Elsä-Lothringens), weiche nach Pont à Mousson gekommen waren, sandten von dort ein Telegramm an Meline, worin sie namens des annerkinten, aber allezeit fränziſchen Lothringens bitten, er möge beim Präſidenten der Republik der Voſmetſch der Gefühle un veränderlicher Freundschaft ſein. Nach ſo vielen

Thränen des Leides läßt der unbergleiche Tag von Kronstadt uns Freudentränen vergießen und in unseren Herzen neue Hoffnung spritzen." Meline soll nun nachfolgendes Antworttelegramm gesandt haben: "Sehr gerührt von Ihren Gefühlen bitte ich Sie, den Kameraden Ihrer Gruppe die Glückwünsche und die Dankbarkeit der Regierung für ihren glühenden Patriotismus zu übermitteln."

Aus dem Reiche.

Die „*Stoln. Volks-Ztg.*“ bringt die etwas unwahrscheinlich klingende Nachricht, daß in den Beziehungen **zwischen dem Kaiser und dem Reichsfanzler** wegen der Reform des Militärstrafprozesses eine **Spannung** eingetreten sei, so daß aus dem Rücktritt des Reichsfanzlers nicht mehr gewirkt werden könne. Jedoch wurde derselbe erst im Oktober, nachdem der Bundesrath wieder zusammengetreten sei, erfolgen. — Gestern Abend 7 Uhr 20 Min. traf der **Großherzog von Hessen** in Würzburg ein und wurde auf dem Bahnhofe vom Prinzen Ludwig von Baiern empfangen und nach dem Residenzschlosse geleitet. Um 8 Uhr 5 Min. traf im Gttragzug der **König von Württemberg** ein und wurde am Bahnhofe vom Prinzregenten von Baiern, dem Prinzen Ludwig von Baiern und dem Stabskommandeur General v. Ayländer, dem Regierungspräsidenten Grafen Yurgurg und den beiden Bürgermeistern von Würzburg empfangen. Die Begrüßung zwischen dem Prinzregenten und dem König war eine äußerst herzliche. Vom Bahnhofe begaben sich die Herrschaften nach dem Schlosse, auf der Straße von einem nach Tausenden zählenden Publikum jubelnd begrüßt. —

Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Koblenz: Der **Weihbischof Dr. Schmitz** und der **Domprobst Dr. Verlage** aus Köln wurden gestern Morgen in das Schloß befohlen. — In Naumburg be-  
zichtig der Reichstagsabgeordnete **Landgerichts-Präsident Günther** am 27. v. M. sein 50-jähriges Amtsjubiläum. Eine Deputation der höheren Justizbeamten und Rechtsanwalte des Landgerichtsbezirks sprach dem Jubilar deren Glückwünsche aus und überreichte ihm ein Fest-  
geschenk. Eine Abordnung des Magistrats und der Stadtverordneten unter Führung des Ober-  
bürgermeisters Kraatz überbrachte die Glück-  
wünsche der Stadt. Der Präsident des Ober-  
Landesgerichts überreichte dem Jubilar den  
Kronenorden 2. Klasse mit dem Stern. Von Na-  
ch und Fern liefen eine große Anzahl Depeschen ein. —  
In Leipzig wurde gestern in Anwesenheit von  
Vertretern der Staats- und der städtischen Ver-  
hördern sowie des Handels und unter Theilnahme  
zahlreicher auswärtiger Beobachter das **Fest-  
mal des Kaisers Maximilian** enthüllt,  
welches zur Erinnerung an die Verleihung des  
Wehrbilletzens, die vor 400 Jahren durch  
Kaiser Maximilian erfolgte, errichtet worden ist.  
Oberbürgermeister Dr. Georgi hielt die Festrede,  
die mit einem Hoch auf den König schloß. —  
Auf Befehl des Kaisers wird zu der Feldbinde  
für Offiziere bei dem Regiment der **Garde du  
Corps** portab **poucauwothes** Tausch ter ver-  
wendet. — An die Handelskammer zu Frankfurt  
a. M. hatte, der „Frankf. Ztg.“ zufolge, die Re-  
gierung zu Wiesbaden die Anfrage gerichtet, ob  
die **Schiedsgerichte** analog den Gewerbegerichten  
oder die Angelegenheiten an die Amtsgerichte zu  
befürworten sei. In einer Besprechung, zu der  
die Handelskammer die Vertreter der dortigen  
kaufmännischen Vereine eingeladen hatte, wurde  
einstimmig der Beschluß gefaßt, für selbständige

saufmännische Schiedsgerichte analog den Gewerbebezirken einzutreten. Die Ansicht der Gehülfen ging dahin, daß nur auf diese Weise eine einfache, schnelle und billige Rechtsprechung zu erzielen wäre. — Auf Anregung des Oberbürgermeisters Kimmelin in Stuttgart haben von 26 deutschen Städten mit mehr als 80 000 Einwohnern 24 bestimmt zugesagt, daß ihre Stadtverwaltungen sich gemeinschaftlich an der im Jahre 1900 in Paris stattfindenden **Weltausstellung** betheiligen werden. In Folge dieser Zusagen findet am 12. September in Karlsruhe unter dem Vorsitz des Stuttgarter Oberbürgermeisters in dieser Angelegenheit die erste Konferenz statt, zu der außer den betreffenden Stadtvorständen oder ihren Vertretern auch der Reichskommisſar für die Weltausstellung, Geheimrath Dr. Richter aus Berlin, sein Erscheinen zugesagt hat. Es soll in erster Linie über Umfang und Art der Betheiligung der einzelnen Städte berathen und dann ein ständiger Ausschuß gewählt werden, der die nöthigen Vorbereitungen für das Unternehmen treffen soll.

Deutschland.

**Berlin**, 1. September. Der König von Siam und der Prinz Sowsit sind, vom dem Regenten Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg und den Herzogen Adolf Friedrich und Heinrich zum Bahnhof geleitet, gestern Vormittags 11 Uhr mittelst Sonderzuges von Schwerin nach Hamburg abgereist. Dort traf der König Nachmittags 2 Uhr ein und wurde von dem siamesischen Generalkonsul Pidenack, dem Bürgermeister Dr. Versmann und anderen Spitzen der Behörden auf dem Bahnhofe empfangen. Der König nahm vom Kommandanten der Hamburger und Altonaer Garnison, Generalleutnant Freiherrn von Scheinitz, den Rapport entgegen und schritt alsdann unter den Klängen der siamesischen Nationalhymne die Front der auf dem Bahnhofe aufgestellten Ehrenkompanie ab. Dierauf bestieg der König mit dem Bürgermeister Dr. Versmann einen vierspännigen Salawagen und begab sich nach dem „Hamburger Hof“, wo er einen Imbiss einnahm. Nach Abstattung einiger Besuche besichtigte der König um 5 Uhr die Gartenbauausstellung, woselbst um 6 Uhr ein Diner zu 32 Gedecken stattfand.

— Am 12. d. M. tritt in Nürnberg der Parteitag der freisinnigen Volkspartei zusammen. Auf der Tagesordnung steht u. A. das Programm für die Reichstagswahlen und das Verhalten zu anderen Parteien bei diesen Wahlen. Der Programm-Entwurf liegt noch nicht vor; betreffs des Verhaltens zu anderen Parteien beauftragt der geschäftsführende Ausschuß: Der Parteitag beschließt: 1. auch in solchen Wahlkreisen, in welchen die Partei unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch keine Aussicht hat, obzuziehen, gleichwohl zunächst und grundsätzlich die Aufstellung eigener Kandidaten in Aussicht zu nehmen. Sofern in solchen Wahlkreisen andere Parteien um die Unterstützung ihrer Kandidaten im ersten Wahlgange ersuchen, kann jochem Ersuchen nur insoweit Folge gegeben werden, wie die betreffenden Parteien in bestimmten anderen Wahlkreisen sich verpflichten, eine ebensojche Unterstützung den dortigen Kandidaten der freisinnigen Volkspartei im ersten Wahlgange zu gewähren. 2. Im Falle Kandidaten der freisinnigen Volkspartei für Stichwahlen ausfallen, ist die Unterstützung des Stichwahlkandidaten einer anderen Partei ebenfalls abhängig davon zu machen, daß die betreffende Partei sich verpflichtet zur Unterstützung eines Stichwahlkandidaten der freisinnigen Volkspartei in einem anderen Reichswahlkreise. Verabredungen bei der Hauptwahl zur gegenseitigen Unterstützung bei der Stichwahl in denselben Wahlkreise sind möglichst zu vermeiden. 3. Sofern bei Hauptwahlen oder Stichwahlen eine Unterstützung verschiedener Parteien in Frage kommen kann, ist die Unterstützung derjenigen Partei zu gewähren, deren Wahlerfolg vom Standpunkt der freisinnigen Volkspartei als das kleinere Uebel erscheint. 4. Eine Unterstützung von Kandidaten, welche über ihre eventuelle Parteistellung im Reichstag keine bestimmte Erklärung abgeben oder erklären, im Reichstag sich keiner Partei anschließen zu wollen, ist nach Möglichkeit zu vermeiden. 5. Bei Vereinbarungen mit anderen Parteien nach 1 bis 4 ist zur Wahrung des Gesamtinteresses der Partei die Zentralleitung nach Möglichkeit zuzuziehen; jedenfalls ist deren Gutachten einzuholen, bevor in einzelnen besonders gearteten Fällen ausnahmsweise einer anderen Partei eine Unterstützung gewährt wird ohne Bedingung der

Gegenleistung für die freisinnige Volkspartei in einem anderen Wahlkreise.

**Landau**, 31. August. In der gestrigen ersten öffentlichen Versammlung des Katholikentages wurde, wie alljährlich, einstimmig die Resolution angenommen, in welcher die Nothwendigkeit der Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes ausgesprochen wird. Als Ort der nächsten jährigen Generalversammlung wurde Strefeln gewählt. In der heutigen Sitzung wurden Antworttelegramme des Kaisers Wilhelm und des Prinzregenten verlesen. Das Antworttelegramm des Kaisers hatte folgenden Wortlaut: „Seine Majestät der Kaiser und König haben Allerhöchstdencklich gefreut, gelegentlich Allerhöchster Ihres Aufenthaltes im Rheinlande den ergebenden Gruß der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu erhalten, und lassen der Generalversammlung für diesen Gruß herzlichsten Dank sagen.“

**Oesterreich-Ungarn.**

**Wien** 31. August. In dem Augenblicke, da die Singschee endnädig zu Regierungspartei in Oesterreich aufsteigen, schreibt ihr Hauptblatt „Narodny Listy“ Folgendes: Während das Frankreich 27 Jahre nach Sedan siegreich über die Wendung seines Schicksals jubelt und mit Stolz sein Haupt gegen seine Mörder erhebt, die erstarrt sind vor dem Ereigniß der lebendigen russisch-französischen Allianz, befindet sich Oesterreich, verbündet mit Deutschland und Italien, in einer traurigen Lage voll Bitterkeit und Sorgen. Die dreißig Jahre seit Königsrath genühten nicht um der Mehrheit der unglücklichen Völker Oesterreichs den Frieden zu bringen. Auf die stolzen Parole der Deutschen „Oesterreich muß deutsch sein, sonst wird es nicht bestehen“, muß die selbstlose Uebergangsperiode geantwortet werden: Oesterreich darf nicht deutsch sein, um als unabhängige Großmacht bestehen zu können. Nach dieser Sprache, die das Gezenblatt magt, wissen die Mächte des Dreibundes jest, was sie von einer österreichischen Regierung zu erwarten haben, an der eine Partei mit solchen Gesinnungen gegen Deutschland maßgebenden Antheil hat.

**Italien.**  
Rom 28. August. Es bestätigt sich doch

der Kriegsinminister dem Bunde des Ministerpräsidenten, die von Venetini angebotene Grenzlinie ohne weiteres anzunehmen, entgegen ist. In einer der letzten Sitzungen des Ministerrothes hat der General Pelloux erklärt, daß er noch nicht vor kein Freund der Afrika-Unternehmung und der Meinung sei, daß Italien sich auch aus Massowah zurückziehen solle, sobald dies mit Ehren geschehen könne, daß er aber die angebotene Grenze als strategisch zu ungünstig ablehnen müsse. Da man die Marebline nicht erhalten könne, so müsse wenigstens auf die Ueberlastung der festen Stellung von Adisaje an Italien bestanden werden, und auch mit dieser könne er sich nur aus Rücksicht auf die gebieterischen Anforderungen der allgemeinen Politik begnügen. Der „Popolo Romano“ bemerkt dazu: „Die feste Sprache des Generals Pelloux, deren Eindringlichkeit und Bedeutung durch die bekannte, von je her vorhandene Abneigung des Ministers gegen die Afrika-Unternehmung erhöht wurde, hat ihre Wirkung auf den Ministerath nicht verfehlt; dieser hat demnach noch keinen Beschluß gefaßt, sondern wird nach Einholung der Befehle des Königs neue Unterhandlungen mit dem Negus anknüpfen.“

England.  
London. 31. August. Die Central News

welcher aus Bombay, die indische Regierung habe  
auf den Bericht politisch angestellter Offiziere  
Belustigung sich veranlaßt gesehen, dort gewisse  
Sicherheitsmaßregeln zu treffen. Den Bezirks-  
Hauptleuten sei mitgetheilt worden, daß sie für  
alle Unruhen im Bereiche ihrer Rechtsprechung  
persönlich verantwortlich gemacht würden. Die  
allgemeine Stimmung in Bombay sei sehr unbe-  
gügig.

---

**Marine und Schifffahrt.**

Im Jahre 1896 fiefen in preußifche Häfen im Seeverkehr überhanpt 56 734 Schiffe mit 7 209 560 Regiftrirton zu Handelszwecken ein, darunter 27 493 Dampfer mit 6 025 893 und 29 236 Segelfchiffe mit 1 183 667 Regiftrirton netto. Von ihnen trafen auf den Küftenverkehr im Ganzen 40 361 Schiffe mit 3 195 063 Regiftrirton, nämlich 19 565 Dampfer mit 2 627 907 und 20 796 Segelfchiffe mit 567 156 Regiftrirton. Demnach betrug die Küften- von der gefamten Seefchiffahrt befallen Schiffe

\_\_\_\_\_

Wie viel Oefen find in den Häusern?  
Auf die Bedeutung der Ofenindustrie wurde in

der Versammlung des Verbandes der Töpfermeister und Ofenfabrikanten in Görlitz hinge-

wiesen und gleichzeitig auf das Fehlen jeder statistischen Ermittlung auf diesem Gebiete aufmerksam gemacht. Es wird bekundet, daß wir

nicht allz. geklärt. Es wird behauptet, daß wir zur Zeit über 15 Millionen Defen in Deutschland haben, die ein Anlagekapital von ca. 500

Millionen erforderten. Hierzu treten noch etwa 10 Millionen Herde mit weiteren rund 200 Mil-

tionen Anlagelkosten. Indessen können diese Zahlen noch lange nicht als erschöpfend ange-

sehen werden, da für die Post, Eisenbahn, Verwaltungsgebäude, Kasernen, Kirchen, Schulen und

Frankenhausen Ermittlungen über die Anzahl ihrer Dösen nicht stattgefunden haben. Wir haben also eine Döseindustrie mit 12 000 Wör-

haben also eine Millionenbatterie mit ca. 20 Millionen aktiver Feuerung vor uns, die in 300 Millionen Heiztagen pro Jahr für über 450 Mil-

tionen Mark an Brennstoff verschlingen, von denen jedoch mehr als 150 Millionen Mark

unnütz verloren gehen, weil die Feuerungsanlagen nicht auf Leistung kontrollirt und bestellt

werden und in Folge dessen sehr mangelhaft sind. Die Beltener Ofenfabriken allein liefern

alljährlich etwa 100 000 Stacheln, die Gesamt-  
erzeugung kann man auf rund 400 000 anneh-  
men, die der eisernen Ofen auf 600 000, die

men, die verschiedenen Defen auf 600 000, giebt  
rund eine Million Defen pro Jahr. Ueber  
die Eins- und Ausfuhr von Defen liegen keine

Zahlen vor.

\_\_\_\_\_

Mittheilungen aus dem  
Grundbesitz.

**Die Wohnungsnoth der Arbeiterklassen.**  
Mit der Wohnungsnoth in den deutschen Großstädten, insbesondere für die Arbeiterklasse, beschäftigt sich in einem Aufsatze der bekannte sozialpolitiker Dr. Böhmert in Dresden, wobei der Bekriedigung des Wohnungsbedürfnisses für die mittleren und unbemittelten Klassen entgegenwirte. Derselbe schreibt u. A.:  
„Es ist bekannt, daß der reiche Abmiether aus den städtischen Promenaden für den gleichen Luft- raum seiner Wohnung weniger bezahlt, als der Arbeiter und Arbeiter im Dachstuhl oder in einer Kellerwohnung. Die reichen Leute können in einer Preiskategorie ausweichen; die armen Leute befinden sich in einer gewissen Zwangs- sätze. Es kommt nicht selten vor, daß man in Stadttheatren heute für 100.000 Mk. ein Grund- stück kaufen und in drei Jahren für bedeutend weniger, bis selbst zu 150.000 Mk., wieder ver- kaufen kann. Würden einige weniger selbst- ständige Lecker von größeren Grundstücken die Boden- und Miethpreise einer Stadt auf einen Leipziger soviel angeheudete, es sei an die In- tonomie in Lindenau für keine Leute erinnern- zu können gar bald die unnatürlichen Gewinn- ausbeuten. Bei der Boden speculation fehlt der Gewinn in seinem Verhältniß zur aufgewandten Arbeit. Dieser mühevolle Gewinn durch einen

sohnenhafte Charakter. Es ist zu hoffen, daß sich unsere Anschauungen über diesen Punkt immer mehr klären und die Bodenbespekulationen und Baugesellschaften mit Bodenbespekulation in immer größerem Maßtrahen betrachtet werden. Man denke sich, daß sich, wie es jetzt Sitte wird, die Baupespekulation wie ein eiserner Ring um die Städte legt und die Preise immer mehr treibt, daß die kleinen Leute immer höhere Mietbezüge zahlen und immer mehr in sich zusammenwühlen müssen, ein Zustand, der bekanntlich in Berlin seine fressste Form erreicht hat. Und auf dem anderen Seite stehen diese enormen, mühseligen Gewinne. Wo nicht die Sozialdemokratie aus diesem Bodenwucher in den großen Städten ihre stärksten Kräfte zieht? Und mit Recht!"

Das Mittel zur Abhilfe dieser Zustände liegt nach Büchterns Ansicht in der Hand der Stadtverwaltungen, denen er als ein nachahmenswerthes Beispiel die Versteuerungen der Stadt Wermelskirchen (Reg.-Bez. Düsseldorf) auf dem Gebiete der Arbeiterwohnungsfrage vor Augen hält. Die Stadtverwaltung von Wermelskirchen fand größere Grundstückskomplexe, verkauft sie an laien Bürger unter gewissen Eiderheitsmaßregeln zu angemessenen Preisen, um die Grundstückspreise nicht zu treiben, und richtet zugleich eine gemeinnützige Baugesellschaft ein, d. h. sie wird selbst die größte Boden- und Hauseisferin, schlägt den Feind mit seinen eignen Waffen, stellt sich an die Seite der armen Mieter und nicht auf diejenige der Bodenwucherer. Uebrigens ist zu erwarten, meint Büchtern, daß der Staat, wenn Gemeindewohnung reich Privatsleute und gemeinnützige Personen in dieser Richtung vorgehen, sie durch günstige Gesetze unterstützen wird. Auch wir sind der Ueberzeugung, daß der Staat seine Beistuf-

nicht versagen wird, wenn die gemeinnützige Sache in guten Zug gekommen. Die Hauptsache ist freilich die Art und Weise, wie die Angelegenheit von Anbeginn angefaßt wird.

---

**Zu dem Kapitel vom Wohnen der Be-**  
**wohner** hat der Berliner Volkschullehrer-Verein augenscheinlich nicht ohne Zusammenkunft mit den über diesen Gegenstand öffentlich geflogenen Besprechungen, einen ziffermäßigen Nachweis erbracht über das Wohnen nicht bloß, sondern auch über die Wohnungen der Berliner Gemeindegchullehrer, von dem die „Soziale Praxis“ eine Reihe von Angaben macht, denen die folgenden Ziffern entnommen sind. Die ziffermäßigen Ermittlungen haben sich erstreckt auf 2176 im Berliner Volkschuldiensit thätige Lehrer, die theils fest angestellt, theils vorübergehend beschäftigt sind. Von diesen besaßen 1696 einen eigenen Hausstand, während 480 ohne einen solchen waren. Von den Lehrern mit eigenem Hausstande wohnten 17 pCt., von den häuslich-unselbstständigen Lehrern 4 pCt. in den Vororten. Es ergibt sich hieraus, daß der Rest eines eigenen Hausstandes die Neigung zur Ansiedelung in den Vororten förderte. Von den 1696 häuslich selbstständigen Lehrern hatten 220, also 13 pCt., eine Wohnung mit zwei Zimmern, 996 oder 60 pCt. eine solche mit drei Zimmern, 362 oder 21 pCt. vier Zimmer, 118 oder 6 pCt. fünf oder mehr Zimmer. Die Miethspreise betrugen in der Stadt Berlin für zwei Zimmer durchschnittlich 456 M., für drei Zimmer 579 M., für vier Zimmer 708 M., für fünf Zimmer 955 M., für sechs Zimmer 1125 M. und für sieben Zimmer 1230 M. Unterscheidet man nun bei diesen 1696 Lehrwohnungen diejenigen 1412

welche sich in der Stadt Berlin befanden, von den 284 in den Vororten, so ergibt sich folgendes ziffermäßige Verhältniß: Von den 1412 in der Stadt wohnenden Lehrern mit eigenem Hausstande hatten 15 Prozent eine Wohnung mit zwei Zimmern, 60 Prozent eine solche mit drei, 20 Prozent mit vier und 5 Prozent mit fünf Zimmern. — Von den in den Vororten wohnenden 284 Berliner Lehrern mit eigenem Hausstande hatten nur 2 Prozent eine Wohnung mit zwei Zimmern, 50 Prozent drei Zimmer, 29 Prozent vier und 19 Prozent fünf und mehr Zimmer. — Die Statistik ist augenblicklich noch lückenhaft. Man hat bei der Ermittlung der Miethspreise die Durchschnittswerte ermittelt, indem man die Miethen der städtischen Wohnungen zusammenwarf und das arithmetische Mittel zog. Hätte man die Wohnungsgruppen gesondert nach Lage, Bequemlichkeits-Einrichtungen zc. behandelt und namentlich mit den Wohnungsverhältnissen in den Vororten verglichen, so würde sich das Resultat wohl etwas anders gestaltet haben. Auch über die Steuerverhältnisse der Lehrer wären nähere Angaben bei diesen ziffermäßigen Nachweisen sehr am Plage gewesen; es würde sich dabei wahrscheinlich ergeben haben, daß es die bestbezahlten oder sonst mit hohen Einkünften zur Steuer veranlagten Lehrer sind, die ihrem Amtsdomicil den Rücken wenden und ihre Gemeindefreiheit auch in anderen Wohngegenden aufrecht erhalten. Mit anderen Gemeindebeamten stehen die Dinge ganz ebenso. Auch hierüber wären ziffermäßige Nachweise sehr am Plage, damit die Berliner Hauseigenthümer sich wenigstens ausrechnen können, um wie viel sie durch die Noblesse des Magistrats gegenüber seinen Beamten geschädigt werden.

**Wie viel Defen sind in den Säufen?**  
Auf die Bedeutung der Ofenindustrie wurde in der Versammlung des Verbandes der Töpfermeister und Ofenfabrikanten in Götting hingewiesen und gleichzeitig auf das Fehlen jeder statistischen Ermittlung auf diesem Gebiete aufmerksam gemacht. Es wird behauptet, daß zur Zeit über 15 Millionen Defen in Deutschland haben, die ein Anlagekapital von ca. 500 Millionen erforderten. Hierzu treten noch etwa 10 Millionen Herde mit weiteren rund 200 Millionen Anlagekosten. Indessen können diese Zahlen noch lange nicht als erschöpfend angesehen werden, da für die Post, Eisenbahn, Verwaltungsgebäude, Kasernen, Kirchen, Schulen und Krankenhäuser Ermittlungen über die Anzahl ihrer Defen nicht stattgefunden haben. Wir haben also eine Ofenindustrie mit ca. 20 Millionen aktiver Feuerung vor uns, die in 30 Millionen Heistagen pro Jahr für über 450 Millionen Markt an Brennstoff verschlingen, von denen jedoch mehr als 150 Millionen Markt unnütz verloren gehen, weil die Feuerungsanlagen nicht auf Leistung kontrolliert und bestellt werden und in Folge dessen sehr mangelhaft sind. Die Weltener Ofenfabriken allein liefern alljährlich etwa 100 000 Kachelöfen, die Gesamtproduktion kann man auf rund 400 000 annehmen, der eiserne Defen auf 600 000, bleibt rund eine Million Defen pro Jahr. Ueber die Ein- und Ausfuhr von Defen liegen keine Zahlen vor.



